Geflüchtete in Griechenland
Registered Asylum Seekers in Greece since 2014

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>2014</td>
<td>200000</td>
<td>211663</td>
<td>100000</td>
<td>200000</td>
<td>100000</td>
<td>200000</td>
<td>100000</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Geflüchtete in Griechenland: Oktober: 211,663 Personen
März: Flüchtlingsabkommen zwischen EU und Türkei tritt in Kraft

September: 12,530
März: 1583

"Griechenland macht die Schmutzarbeit für Europa"


Sollten deutsche Landräte und Bürgermeister am besten noch heute beginnen, Turnhallen für Flüchtlinge freizuräumen? 


Das Mantra dieser Tage lautet: „Bloß kein neues 2015“. Wofür steht die Chiffre „2015“?


Was nichts von der Hand zu weisen ist.

Die gesellschaftliche Polarisation hat sicher mit dem so wahrgenommenen Kontrollverlust zu tun. Auf der anderen Seite ist der Zusammenhang zwischen Migration und Rechtspopulismus komplexer. Der Rechtspopulismus blüht vor allem dort, wo kaum Flüchtlinge aufgenommen wurden.

Polen oder Ungarn währen hierfür Beispiele. Warum ist das so?

Weil sich vor allem gute Erfahrungen im Alltag positiv auf das Integrationsklima auswirken.

Wäre den Deutschen eine weitere Aufnahme Händertausender Flüchtlinge überhaupt vermittelbar?

Umfragen belegen einerseits, dass die Bürger in Deutschland wie auch in den meisten anderen EU-Mitgliedstaaten weiter für die Aufnahme von Schutzsuchenden eintreten. Andererseits meint die Mehrheit, dass der Zuzug von Flüchtlingen begrenzt werden muss.

Das alles spricht eher für eine hohe Zahl an Flüchtlingen.

Das kann man so nicht sagen. Viele suchen nur irgendwo Schutz und würden auch in der Türkei bleiben. Das gilt insbesondere für die eine Million Flüchtlinge in Syrien, in der Region von Idlib, die vor der vorrückenden syrischen Armee und russischen Truppen fliehen. Die Türkei will sie nicht ins Land lassen, weil sie bereits über drei Millionen Flüchtlinge beherbergt.

Petra Bendel
Professorin für Politische Wissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) und Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration.
Die Lage im türkischen Edirne ist erbarmungswürdig.

Zugleich steigen Rassismus und Hasskriminalität. Angesichts dessen ist der politische Willen für eine weitere Aufnahme auf staatlicher Ebene begrenzt.


Hat Deutschland also die falschen Lehren aus 2015 gezogen?

Zur Wahrheit gehört, dass sich kaum ein EU-Staat auf Flüchtlingsquoten einlässt. Die Idee ist politisch doch mausstöt.

Auf dem Papier klingt die EU-Türkei-Erklärung durchaus realistisch. Warum zeigt sie jetzt an ihre Grenzen?
Ja ja, ich halte die Grundidee der EU-Türkei-Erklärung für nur begrenzt gut. Sie birgt Konstruktionsfehler.

Welche?
Die Vereinbarung bezieht sich ausschließlich auf Syrer, nicht aber auf die vielen Afghanen und Iraker, die ebenfalls in großer Zahl in der Türkei leben. Zum anderen hat sich das Prinzip nicht bewährt, dass die Türkei für jeden aus Griechenland zurückgeschickten Syrer einen andern Syrer in die EU umsiedeln darf. Es gab für diese Umsiedlung viel zu wenige Plätze. Auf einen solchen Platz zu warten, war und ist für viele einfach keine attraktive Option. Sie haben es deshalb auch weiterhin versucht, auf irregulärem Weg nach Griechenland zu kommen.

Deutschland ist mit Flüchtlingen erpresst, das weiß auch der Kreml. Bleibt Deutschland nichts anderes übrig, als den Wiederaufbau des von Russland zusammengebrochenen Syriens zu bezahlen?
Ich halte es für unmöglich, dass Deutschland und Europa Kriegstreibfer finanzieren und ein System legitimieren werden, das derart viele Menschen überhaupt erst in die Flucht getrieben hat. Nur falls es für diese Menschen eines Tages eine realistische Rückkehroption geben würde, könnte sich auch Deutschland an einem Wiederaufbau beteiligen.

Das Gespräch führte
Christoph Hägele.